

besser geht, wenn es dem Standort Deutschland besser geht. Und so sehr wir die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ablehnen, auch Verstaatlichungen sind nicht per se zu befürworten. Denn damit ist noch lange nicht garantiert, dass verstaatlichte Unternehmen nicht genauso unter Konkurrenzbedingungen und für den Profit arbeiten. Zudem sind Verstaatlichungen nicht mit einer Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse gleichzusetzen. Schulen und Hochschulen sind z.B. in Deutschland meist in staatlicher Hand, aber keineswegs demokratisch organisiert. Statt Marktwirtschaft oder Verstaatlichung fordern wir die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse im Interesse der Beschäftigten!



**Arbeitszeit  
verkürzen -  
Arbeit  
umverteilen!**

## Junge GEW Berlin

Die Junge GEW Berlin versteht sich als Zusammenschluss junger, kritischer BildungsarbeiterInnen innerhalb der Berliner GEW. Bei uns organisieren sich Studierende, ReferendarInnen und LehrerInnen, Promovierende, Beschäftigte im Hochschulbereich und in der außerschulischen Bildung. Wir unterstützen die Durchsetzung der berechtigten Forderungen von BildungsarbeiterInnen mit den Mitteln des Streiks an Kitas, Schulen und Hochschulen. Aber wir denken nicht, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung ausreicht, um umfassende politische Veränderungen zu bewirken. Dafür müssen Gewerkschaften Teil sozialer Bewegungen sein. Deshalb arbeiten viele von uns auch in anderen herrschaftskritischen Zusammenhängen in Berlin mit.

### Kontakt

<http://www.gew-berlin.de/junge-gew.htm>  
[junge-gew@gew-berlin.de](mailto:junge-gew@gew-berlin.de)

# Markt- wirtschaft oder Demokratie?



**Für die  
Demokratisierung  
der  
Arbeitsverhältnisse**



Es ist kein Zufall, dass der 1. Mai, den die Nazis 1933 zum Feiertag der „nationalen Arbeit“ erklärt haben, auch heute eher als „Tag der Arbeit“ denn als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ bekannt ist. Es geht in unserer Gesellschaft nicht um Verbesserungen für die Arbeitenden, sondern um Optimierung der Arbeitsintensität und Verlängerung der Arbeitszeiten, um die Unternehmensprofite zu steigern und den „Standort Deutschland“ zu stärken. Der Mainstream des etablierten Parteienspektrums ist sich einig: „Arbeit soll das Land regieren“, nicht „spät-römische Dekadenz“. In Tarifverhandlungen gehen die Arbeitgebenden – im Bildungsbereich ist das meist der Staat – inzwischen mit der Parole: Ohne Arbeitszeitverlängerung läuft nichts! Viele Beschäftigte müssen immer mehr Arbeit leisten, gleichzeitig steigen die Zahlen der Arbeitslosen und sinken die Löhne.

Auch im Erziehungs- und Bildungsbereich gibt es zudem inzwischen eine unüberschaubare Zahl prekär Beschäftigter. Bei 60% der Beschäftigungsverhältnisse an Kitas handelt es sich um unterbezahlte Teilzeit-Stellen, von denen im übrigen nur 4% Männer innehaben: In prekarierte Jobs werden besonders Frauen gedrängt. Im Grundschulbereich, der zahlenmäßig

wieder von Frauen dominiert wird, werden im Schulbereich die schlechtesten Gehälter gezahlt. Auch an den Hochschulen sind Arbeitsverhältnisse oft unzureichend tarifvertraglich geregelt und teils überhaupt nicht bezahlt. Insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen leisten unzählige Stunden unbezahlter Arbeit. In der außerschulischen Bildungsarbeit sind viele Leute ausschließlich auf Honorarbasis tätig.



## Männer an den Herd!

Eine Konzentration gewerkschaftlicher Forderungen auf die Lohnarbeit greift hier zu kurz. Arbeit ist in unserer Gesellschaft grundsätzlich ungleich aufgeteilt, wovon wieder besonders Frauen – und ganz besonders viele migrantische Frauen – benachteiligt werden. Sie erhalten nicht nur durchschnittlich 23% weniger Lohn als

die männlichen Kollegen, sondern erledigen nebenbei und völlig unbezahlt zusätzlich noch 4/5 der Hausarbeit. Die miesesten Jobs werden MigrantInnen (meist Frauen) zugeschoben: Sie putzen die Klos oder erledigen die Hausarbeit für die überbeschäftigten AkademikerInnen. Dies ist keine Frage der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, die Frauen individuell für sich lösen müssen, sondern ein strukturelles Problem sexistischer, rassistischer und kapitalistischer Verhältnisse, das nur kollektiv gelöst werden kann. Wir wollen eine starke Verkürzung langer Arbeitszeiten und eine radikale Umverteilung von Arbeit: Männer an den Herd, migrantische Frauen in die Politik... und alle in die Kneipe und an den Badeseel!

Selbstbestimmung und Demokratisierung sind etwas komplett anderes als neoliberal flexibilisierte Arbeitsverhältnisse. Wir wollen keine Gesellschaft, in der sich die Einen totarbeiten und die Anderen betteln müssen, einen mies bezahlten Job zu bekommen, von dem sie kaum leben können. Wir lassen uns nicht ausbeuten für die Profite der Konzerne, Kürzungen in den öffentlichen Haushalten oder staatliche Wiederbelebungsaktionen maroder Banken und Unternehmen. Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass es uns nicht